

**Ansprache des Parlamentspräsidenten Karl-Heinz Lambertz
anlässlich der aktuellen Situation in der Coronavirus-Krise**

(Eupen, den 30. April 2020)

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Seit Anfang März hat uns der Corona-Virus fest im Griff und beeinflusst auf vielfältige und manchmal radikale Weise unser Leben - in Ostbelgien, in Belgien, in Europa und auf der ganzen Welt.

Der berufliche und private Alltag hat sich massiv verändert. Unzählige Menschen müssen gewaltige Herausforderungen meistern, um Leben zu retten und lebensnotwendige Dienstleistungen aufrecht zu erhalten. Andere erleben, wie die Grundlage ihrer wirtschaftlichen Existenz zunehmend in Gefahr gerät und zusammenbricht. Wieder andere leiden an den Folgen der stark eingeschränkten Bewegungsfreiheit und kommen mit dem Zusammenleben auf engstem Raum oder aber mit ihrer zunehmenden Vereinsamung nicht klar.

Dies alles wird noch von den zahlreichen Ungewissheiten verstärkt, die um die Ursachen, Beschaffenheit und Bekämpfungsmöglichkeiten des Coronavirus ranken, auf die auch Experten nicht immer eine eindeutige Antwort geben können und die alle Ausstiegsszenarien aus den beschlossenen Einschränkungen so schwierig machen. So unbefriedigend dies auch sein mag: wir können nur auf Sicht fahren und jede Zeitplanung steht unter dem Vorbehalt eines möglichen Neuausbruchs der Virus-Welle.

Unter diesen Rahmenbedingungen ist es nicht einfach, Entscheidungen zu treffen. Auch in Ostbelgien, wo die Grenzlage der Problematik noch eine besondere Dimension hinzufügt, für die in Brüssel nicht immer das nötige Verständnis herrscht.

An die Vorteile offener Grenzen hatten wir uns in den vergangenen Jahrzehnten derart gewöhnt, dass wir diese Errungenschaft der Europäischen Union schon als selbstverständlich angesehen hatten. Dass dem keineswegs so ist, wird uns in diesen Tagen besonders schmerzhaft deutlich und sollte uns dazu bewegen, in Zukunft noch entschiedener für den Ausbau der europäischen Integration einzutreten.

Bisher ist es hierzulande gelungen, einigermaßen gut mit den Konsequenzen der Viruskrise fertig zu werden. Dies verdanken wir zuallererst dem bewundernswerten Einsatz all jener, die an vorderster Front kämpfen und denen wir nicht nur mit Worten, sondern auch in Taten zu großem Dank verpflichtet sind. Dies verdanken wir auch dem verantwortungsbewussten und solidarischen Verhalten unserer Bevölkerung, die sich zum allergrößten Teil an die beschlossenen Maßnahmen hält und die jeden Tag aufs neue kreative Ideen entwickelt, wie wir alle gemeinsam besser mit der schwierigen Situation fertig werden können.

Das Kennedy-Zitat „Fragt nicht, was Euer Land für Euch tun kann, sondern fragt, was Ihr für Euer Land tun könnt“ wird auf diese Weise gelebte Wirklichkeit.

Dies verdanken wir aber auch den Möglichkeiten unserer Gemeinschaftsautonomie, dank derer Parlament, Regierung und Gemeinden gemeinsam mit den Einrichtungen,

Vereinigungen und Betrieben unserer Heimat tagtäglich maßgeschneidert und realitätsnah an der Bewältigung der Krise arbeiten können.

Diese Arbeit muss in den kommenden Wochen, Monaten und Jahren zielstrebig und ergebnisorientiert fortgesetzt werden. Dabei darf das demokratische Ringen um die besten Lösungen nicht außer Kraft gesetzt werden. Dabei kommt es aber auch mehr als in normalen Zeiten auf den Schulterschluss aller demokratischen Kräfte und auf den Verzicht auf politische Geplänkel an, die der erfolgreichen Bewältigung der Krisenfolgen im Wege stehen.

Kurzfristig gilt es, die gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftlichen Gefahren möglichst klein zu halten.

Mittel- und langfristig kommt es darauf an, die notwendigen Lehren aus der Krise zu ziehen und die Veränderungen umzusetzen, die notwendig sind, um die Überlebensfähigkeit unserer Welt abzusichern, bestehende und durch die Krise noch verstärkte Ungerechtigkeiten auszumerzen und dafür zu sorgen, dass das Leben für alle lebenswert bleibt.

Bleiben Sie gesund!

A handwritten signature in black ink, consisting of a large, stylized 'K' followed by a series of loops and a horizontal line at the end.

Karl-Heinz Lambertz
Parlamentspräsident